

**Die Ministerpräsidentin**



Bundeskanzleramt  
Bundeskanzlerin  
Frau Dr. Angela Merkel  
Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin

Schwerin, 12. April 2019

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

im Ergebnis der Konferenz der Regierungschefin und der Regierungschefs der ostdeutschen Länder am 3. April 2019 in Neudietendorf wende ich mich auch im Namen meiner ostdeutschen Kollegen an Sie, um auf das Erfordernis einer bedarfsgerechten Anpassung und Erhöhung der Finanzmittel der Bundesstiftung Frühe Hilfen hinzuweisen.

Mit Geldern der Bundesinitiative Frühe Hilfen und seit 2018 mit Mitteln der Bundestiftung Frühe Hilfen wurde in den vergangenen Jahren in allen Ländern ein eigenständiges sozial- und gesundheitspolitisches Handlungsfeld entwickelt. Es wurden somit feste Strukturen und wichtige Hilfsangebote für Familien in schwierigen Lebenslagen geschaffen, die sich inzwischen bewährt haben. Dadurch konnte eine Vielzahl von Familien in belasteten Situationen frühzeitig erreicht und niedrigschwellig unterstützt werden. Gleichzeitig wurde der Zugang zu jenen Familien verbessert, die oftmals nur schwer zu erreichen sind.

Die Anzahl der in Deutschland lebenden Kinder im Alter von null bis drei Jahren hat sich seit 2012 erfreulicherweise um mehr als 200.000 erhöht. Diese Steigerung führt in allen Ländern zu einem höheren Unterstützungsbedarf im Bereich der Frühen Hilfen.

Zudem ist eine zunehmende Inanspruchnahme von Hilfen durch Familien mit psychischen Belastungen zu verzeichnen. Insbesondere für Kinder in der Altersgruppe bis zu drei Jahren ergeben sich hieraus angesichts der Problematik der Eltern besondere Gefährdungen.

Die Verteilung der Bundesmittel an die Länder erfolgt zu jeweils einem Drittel nach dem Königsteiner Schlüssel, nach den unter 3-Jährigen im SGB-II-Leistungsbezug und nach der Anzahl der unter 3-Jährigen. Diese Indikatoren begünstigen insbesondere bevölkerungsreiche und geburtenstarke Länder. Noch in diesem Jahr wird für das Jahr 2020 die Datenlage für den geltenden Verteilschlüssel zu aktualisieren sein. In Folge dessen werden bei allen ostdeutschen Ländern die Fördermittel um etwa 7 bis 9 Prozent sinken.

Einerseits steigen die Kinderzahlen auch in den ostdeutschen Ländern, andererseits führt der Vergleich mit den westdeutschen Ländern aber dazu, dass sich die Mittel zu Lasten des Ostens verschieben, da die besonderen Bedarfe strukturschwacher Regionen in der Verteilung der Mittel kaum Berücksichtigung finden.

**Hausanschrift:**

Die Ministerpräsidentin des Landes  
Mecklenburg-Vorpommern  
Schloßstraße 2-4 · 19053 Schwerin

**Postanschrift:**

Die Ministerpräsidentin des Landes  
Mecklenburg-Vorpommern  
19048 Schwerin

Telefon: +49 385 588-1000

Telefax: +49 385 588-1009

E-Mail: [Manuela.Schwesig@stk.mv-regierung.de](mailto:Manuela.Schwesig@stk.mv-regierung.de)

Internet: [www.mv-regierung.de](http://www.mv-regierung.de)

So lag zum Beispiel der Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen zivilen Erwerbspersonen 2018 in Ostdeutschland bei 7,6 Prozent und in Westdeutschland bei 5,3 Prozent. Ebenso ist die Armutsgefährdungsquote in den ostdeutschen Ländern höher als in Westdeutschland. Sie betrug 2017 15,3 Prozent in den westdeutschen Ländern und in Ostdeutschland 17,8 Prozent.


Sollten die Finanzmittel der Bundesstiftung nicht bedarfsgerecht verstärkt werden, so ist zu befürchten, dass bestehende präventive Angebote für Kinder und junge Familien, aber auch die wertvollen systemübergreifenden Netzwerksstrukturen insbesondere in den ostdeutschen Ländern, wegbrechen. Das wäre ein fatales politisches Signal gegenüber den Menschen in den ostdeutschen Ländern.

Insbesondere mit den Frühen Hilfen hat sich in der Gesellschaft und im Gemeinwesen nicht nur eine Kultur des Hinsehens und Wahrnehmens, sondern auch eine Kultur der Verantwortung und Hilfe entwickelt, in deren Fokus insbesondere kleine Kinder und junge Familien stehen. Dies darf nicht gefährdet werden.

Ich bitte Sie, die Bestrebungen der ostdeutschen Länder zu unterstützen und die Bundesmittel für die Bundesstiftung Frühe Hilfen 2020 spürbar zu erhöhen sowie in den Folgejahren zu dynamisieren.

Ein gleichlautendes Schreiben hat die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Frau Dr. Franziska Giffey, erhalten.

Mit freundlichen Grüßen

  
Manuela Schwesig